

Protokollauszug

aus der
20. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 02.06.2021

öffentlich

**Top 7.1 Wohnen im kommunalen Bestand in Potsdam weiter stärken
21/SVV/0636
geändert beschlossen**

Der Antrag wird namens der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, und DIE LINKE von der Stadtverordneten Hüneke eingebracht.

Änderungsantrag:

Die Fraktion DIE LINKE hat folgenden Änderungsantrag gestellt:

Nummer 5 wird ersetzt durch folgenden Absatz:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Oberbürgermeister, sich im Sinne des Beschlusses zum Grundrecht auf Wohnen von 5.5.2021 (DS 21/SVV/0448) sowohl direkt als auch im Rahmen des Deutschen Städtetages gegenüber den zuständigen Ebenen des Bundes und des Landes Brandenburg für folgende Maßnahmen gegen den Mietenanstieg einzusetzen:

- 1. Reform des Mietrechts u.a. durch Begrenzung des regulären Mietenanstiegs und Erhöhung kostenausgleichender Fördermittel in Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten.*
- 2. Steigerung der Förderung des dauerhaft Mietpreis- und Belegungsgebundenen, sowie des sozialen Wohnungsneubaus, der Förderung nachhaltiger und ökologischer Entwicklungs- und Baukonzepte, sowie des barrierefreien Wohnens.*
- 3. Kostenfreie Abgabe von Grundstücken an die Kommunen zur nachhaltigen Quartiersentwicklung mit sozialer Infrastruktur und sozialem Wohnungsbau und Stärkung des Vorkaufsrechts für Kommunen zu fairen Preisen.- Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit.*
- 4. Maßnahmen gegen Spekulationen wie u.a. die Besteuerung leistungsloser Bodenwertgewinne nicht selbst genutzter Grundstücke. - Beschluss einer Verordnung nach §172 (1) BauGB, die in Milieuschutzgebieten eine Umwandlung von Mietwohnungsraum in Wohnungseigentum oder Teileigentum unter Genehmigungsvorbehalt durch die Kommune stellt.*

Abstimmung:

Die o.g. Änderungen werden

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Die Stadtverordnete Dr. Zalfen beantragt namens der Fraktion SPD die namentliche Abstimmung.

Anschließend wird der so geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Stadtverordnetenversammlung teilt die Sorgen vieler Menschen vor der Belastung durch steigende Mieten. Sie setzt sich mit allen ihr rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln für eine Dämpfung des Mietenanstiegs sowohl auf kommunaler Ebene als auch gegenüber dem Land Brandenburg und der Bundesebene ein.
2. Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zu den Unternehmenszielen der Pro-Potsdam:
 - Wohnraumversorgung absichern und ausbauen
 - Sozialen Wohnungsbau realisieren
 - Energetische Sanierung durchführen
 - Nachhaltige Quartiersentwicklung steuern und beauftragt den Oberbürgermeister als Gesellschafter, dafür Sorge zu tragen, diese weiterhin ausgewogen umzusetzen. Eine einseitige Schwächung der gemeinwohlorientierten städtischen Wohnungsbau-gesellschaft gegenüber dem überwiegend gewinnorientierten privaten Immobilienmarkt würde zu einer weiteren Verschärfung der gesamtstädtischen Mietpreis-problematik führen und wird daher abgelehnt.
3. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Bemühungen der in „Stadtspuren“ zusammengeschlossenen sozialen Wohnungswirtschaft, ihren Anteil am Gesamtaufkommen des Wohnungsbestandes in Potsdam wieder deutlich zu erhöhen.
4. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Oberbürgermeister, bei der Vergabe kommunaler Grundstücke oder von Grundstücken kommunaler Unternehmen für den Wohnungsbau im Rahmen der Überarbeitung der Richtlinie Grundstücksverkäufe und allen weiteren zur Verfügung stehenden Instrumenten sicherzustellen, dass auf diesen Flächen überwiegend sozialer Wohnraum mit langfristigen Mietpreisbindungen entsteht.
5. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Oberbürgermeister, sich im Sinne des Beschlusses zum Grundrecht auf Wohnen von 5.5.2021 (DS 21/SVV/0448) sowohl direkt als auch im Rahmen des Deutschen Städtetages gegenüber den zuständigen Ebenen des Bundes und des Landes Brandenburg für folgende Maßnahmen gegen den Mietenanstieg einzusetzen:
 1. Reform des Mietrechts u.a. durch Begrenzung des regulären Mietenanstiegs und Erhöhung kostenausgleichender Fördermittel in Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten.
 2. Steigerung der Förderung des dauerhaft Mietpreis- und Belegungsgebundenen, sowie des sozialen Wohnungsneubaus, der Förderung nachhaltiger und ökologischer Entwicklungs- und Baukonzepte, sowie des barrierefreien Wohnens.
 3. Kostenfreie Abgabe von Grundstücken an die Kommunen zur nachhaltigen Quartiersentwicklung mit sozialer Infrastruktur und sozialem Wohnungsbau und Stärkung des Vorkaufsrechts für Kommunen zu fairen Preisen.- Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit.
 4. Maßnahmen gegen Spekulationen wie u.a. die Besteuerung leistungsloser Bodenwertgewinne nicht selbst genutzter Grundstücke. - Beschluss einer Verordnung nach §172 (1) BauGB, die in Milieuschutzgebieten eine Umwandlung von Mietwohnungsraum in Wohnungseigentum oder Teileigentum unter Genehmigungsvorbehalt durch die Kommune stellt.
6. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, ein breit zugängliches Dialogforum zu Fragen des sozialen Wohnens in Potsdam einzurichten. In dem Dialogforum soll es insbesondere darum gehen, wirksame Instrumente der sozialen Wohnungsversorgung in Potsdam im Rahmen einer öffentlichen Diskussion zu entwickeln. Dabei soll der ausgewogene Ausgleich zwischen -sozialverträglichen Mietbelastungen von Haushalten mit niedrigen Einkommen, -die Ausweitung des geförderten Wohnungsbaus mit langfristigen Mietpreis- und Belegungsbindungen und -die konsequente Umsetzung der energetischen und generationsgerechten Sanierung des kommunalen Wohnungsbestandes die Grundlage für eine beständige soziale Wohnraumversorgung und eine nachhaltige Quartiersentwicklung sein. Der Oberbürgermeister wird beauf-

trägt, bis zur Sitzung der SVV im September 2021 einen Umsetzungsvorschlag vorzulegen, mit dem Ziel, das Dialogforum noch in diesem Jahr zu starten.

Namentliche Abstimmung zur Drucksache Nr. 21/SVV/ 0636
zur 20. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 2.6.2021

Titel	Name	Vorname	Ja	Nein	Stimm- enthaltung
	Adler	Uwe	X		
	Anger	Günter		X	
	Armbruster	Janny	X		
	Bartelt	Wiebke	X		
	Becker	Sabine		X	
	Berlin	Michél	X		
	Dörschel	Jens	X		
	Eichert	Lars		X	
	Eifler	Birgit	X		
	Finken	Matthias		X	
	Franke	Bettina		X	
	Friederich	Götz Thorsten		X	
	Friese	Daniel		X	
	Fröhlich	Uwe	X		
Dr.	Günther	Anja	X		
	Heigl	Anja			X
	Heuer	Pete	X		
	Hüneke	Saskia	X		
	Jäkel	Ralf	X		
	Keller	Daniel	X		
	Kirsch	Wolfhard		X	
Dr.	Klockow	Carmen		X	
	Kolesnyk	David	X		
	Krämer	Sascha	X		
	Kube	Christian		X	

Titel	Name	Vorname	Ja	Nein	Stimm- enthaltung
	Kulke	René		X	
	Lange	Tina	X		
	Linke	Carsten	X		
	Lüdcke	Anna			—
	Marquardt	Nico			—
	Menzel	Andreas		X	
Dr.	Müller	Sigrid	X		
Dr.	Niekisch	Wieland		X	
	Olbrich	Sebastian		X	
	Raschke	Christian		X	
	Reimann	Tiemo	X		
	Reimers	Babette	X		
Dr.	Rünger	Mechthild	X		
	Said	Chaled-Uwe		X	
Dr.	Scharfenberg	Hans-Jürgen	X		
	Schkölziger	Grit	X		
	Schulze	Jana	X		
	Stiffel	Oliver			—
	Tietz	Katharina			—
	Teuteberg	Björn		X	
	Teuteberg	Linda		X	
	Troche	Leon	X		
	Twerdy	Fabian	X		
	Vandre	Isabelle			X
	Viehrig	Clemens		X	
	Walter	Andreas	X		
Dr.	Wegewitz	Hagen	X		
	Wobeto	Helmar		X	
	Wollenberg	Stefan	X		
Dr.	Zalfen	Sarah	X		
Dr.	Zöllner	Gert	X		
	Schubert	Mike	X		

31

20

2



BESCHLUSS
der 20. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der
Landeshauptstadt Potsdam am 02.06.2021

Wohnen im kommunalen Bestand in Potsdam weiter stärken
Vorlage: 21/SVV/0636

1. Die Stadtverordnetenversammlung teilt die Sorgen vieler Menschen vor der Belastung durch steigende Mieten. Sie setzt sich mit allen ihr rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln für eine Dämpfung des Mietenanstiegs sowohl auf kommunaler Ebene als auch gegenüber dem Land Brandenburg und der Bundesebene ein.
2. Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zu den Unternehmenszielen der ProPotsdam:
 - Wohnraumversorgung absichern und ausbauen
 - Sozialen Wohnungsbau realisieren
 - Energetische Sanierung durchführen
 - Nachhaltige Quartiersentwicklung steuern und beauftragt den Oberbürgermeister als Gesellschafter, dafür Sorge zu tragen, diese weiterhin ausgewogen umzusetzen. Eine einseitige Schwächung der gemeinwohlorientierten städtischen Wohnungsbaugesellschaft gegenüber dem überwiegend gewinnorientierten privaten Immobilienmarkt würde zu einer weiteren Verschärfung der gesamtstädtischen Mietpreisproblematik führen und wird daher abgelehnt.
3. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Bemühungen der in „Stadtspuren“ zusammengeschlossenen sozialen Wohnungswirtschaft, ihren Anteil am Gesamtaufkommen des Wohnungsbestandes in Potsdam wieder deutlich zu erhöhen.
4. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Oberbürgermeister, bei der Vergabe kommunaler Grundstücke oder von Grundstücken kommunaler Unternehmen für den Wohnungsbau im Rahmen der Überarbeitung der Richtlinie Grundstücksverkäufe und allen weiteren zur Verfügung stehenden Instrumenten sicherzustellen, dass auf diesen Flächen überwiegend sozialer Wohnraum mit langfristigen Mietpreisbindungen entsteht.
5. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Oberbürgermeister, sich im Sinne des Beschlusses zum Grundrecht auf Wohnen von 5.5.2021 (DS 21/SVV/0448) sowohl direkt als auch im Rahmen des Deutschen Städtetages gegenüber den zuständigen Ebenen des Bundes und des Landes Brandenburg für folgende Maßnahmen gegen den Mietenanstieg einzusetzen:
 1. Reform des Mietrechts u.a. durch Begrenzung des regulären Mietenanstiegs und Erhöhung kostenausgleichender Fördermittel in Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten.
 2. Steigerung der Förderung des dauerhaft Mietpreis- und

Belegungsgebundenen, sowie des sozialen Wohnungsneubaus, der Förderung nachhaltiger und ökologischer Entwicklungs- und Baukonzepte, sowie des barrierefreien Wohnens.

3. **Kostenfreie Abgabe von Grundstücken an die Kommunen zur nachhaltigen Quartiersentwicklung mit sozialer Infrastruktur und sozialem Wohnungsbau und Stärkung des Vorkaufsrechts für Kommunen zu fairen Preisen.-Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit.**
4. **Maßnahmen gegen Spekulationen wie u.a. die Besteuerung leistungsloser Bodenwertgewinne nicht selbst genutzter Grundstücke. - Beschluss einer Verordnung nach §172 (1) BauGB, die in Milieuschutzgebieten eine Umwandlung von Mietwohnungsraum in Wohnungseigentum oder Teileigentum unter Genehmigungsvorbehalt durch die Kommune stellt.**
6. **Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, ein breit zugängliches Dialogforum zu Fragen des sozialen Wohnens in Potsdam einzurichten. In dem Dialogforum soll es insbesondere darum gehen, wirksame Instrumente der sozialen Wohnungsversorgung in Potsdam im Rahmen einer öffentlichen Diskussion zu entwickeln. Dabei soll der ausgewogene Ausgleich zwischen - sozialverträglichen Mietbelastungen von Haushalten mit niedrigen Einkommen, - die Ausweitung des geförderten Wohnungsbaus mit langfristigen Mietpreis- und Belegungsbindungen und -die konsequente Umsetzung der energetischen und generationsgerechten Sanierung des kommunalen Wohnungsbestandes die Grundlage für eine beständige soziale Wohnraumversorgung und eine nachhaltige Quartiersentwicklung sein. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zur Sitzung der SVV im September 2021 einen Umsetzungsvorschlag vorzulegen, mit dem Ziel, das Dialogforum noch in diesem Jahr zu starten.**

Abstimmungsergebnis:

mit 31 Ja-Stimmen angenommen,
bei 20 Nein-Stimmen
und 2 Stimmenenthaltungen.

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Originalbeschluss werden 2 Seiten Begründung beigelegt.

Potsdam, den 08. Juni 2021

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel